



BürgerInnenbrief

21. November 2012

DIE LINKE. Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

Gegen Rotstift +++ Armut in Hamburg +++ Grüner Aufbruch +++ Billstedt/Horn: Imagefragen? +++ Wohnungsnot

Gegen Streichpolitik und »Schuldenbremse«



Auf der umFAIRteilen-Demo am 29.9.2012 (Foto: M. Joho)

Tausende sind in den vergangenen Wochen auf die Straße gegangen, um für eine andere Sozial- und Steuerpolitik einzutreten. Sicherlich am besten in Erinnerung ist noch die Menschenkette mit dem Durchreichen der Geldsäcke von den Banken zum Rathaus und die anschließende Großkundgebung auf dem Rathausmarkt, die am 29. September unter der Parole »umFAIRteilen« stattgefunden hat. Ein deutliches Zeichen gegen die immer weiter aufgehende Schere zwischen Arm und reich.

Und wieder heißt es Flagge zeigen: am kommenden Freitag, den 23. November. Dieses Mal geht es stärker um hamburgische Belange, stehen doch die Haushaltsberatungen in der

Bürgerschaft an, die vom SPD-Senat – trotz zusätzlich sprudelnder Steuereinnahmen – als Einstieg in ein mehrjähriges, systematisches Verarmungsprogramm angegangen werden. Die so genannte Schuldenbremse lässt Böses ahnen, was die zukünftigen Standards in dieser Stadt anbelangt. Wir mögen uns diesen Ausgangspunkt 2012 merken und in einigen Jahren kritisch zurückblicken auf eine Entwicklung, die zu jährlichem Personalabbau, Streichungen im Jugend- und Sozialbereich und an vielen anderen Stellen geführt hat.

Doch noch sind wir, die diesen Kurs ablehnen, da! Und wir rufen auf zur Teilnahme an der Demonstration am 23. November. Hier der Aufruf des breiten »Bündnisses gegen Rotstift«.

Gemeinsam für ein soziales und lebenswertes Hamburg

Seniorenangebote, Suchthilfeeinrichtungen, Jugendzentren, Bücherhallen, Universitäten und Bezirksämter. Die Liste der Einrichtungen und Angebote, die von der Rotstift-Politik des Senats betroffen sind, ist lang. Viele Einrichtungen stehen vor einer ungewissen Zukunft. Im Dezember entscheidet die Bürgerschaft über den Haushalt der Stadt. Die weiteren geplanten massiven Kürzungen entziehen vielen die Grundlage, die sich – häufig ehrenamtlich – für die Menschen in unserer Gesellschaft einsetzen.

Das **Bündnis gegen Rotstift** setzt ein deutliches Zeichen für ein soziales und gerechtes Hamburg. Wir fordern den Senat und die Bürgerschaft auf, die Kürzungspläne zurückzunehmen, den Sozialstaat zu stärken und eine Erhöhung der Steuereinnahmen (für Reiche, Vermögende und Kapitalgesellschaften) durchzusetzen.

Hamburg ist eine reiche Stadt und nimmt zurzeit viel mehr Steuern ein als erwartet. Außerdem stehen für Hamburg erhebliche zusätzliche Bundesmittel zur Entlastung des Sozialhaushaltes zur Verfügung. Alle diese Mittel sollen der Bevölkerung zugutekommen, indem soziale Arbeit, Bildung und Kultur ausgebaut werden.

Wir fordern und treten ein für eine lebenswerte Stadt, in der ein gleichberechtigtes Leben garantiert ist.

Deshalb kämpfen wir gegen die Kürzungspolitik und rufen alle auf, sich aktiv am 23. November 2012 zu beteiligen.

www.buendnis-gegen-rotstift.de

www.facebook.com/buendnis.gegen.rotstift



Hintergrundfoto: Ebenfalls beim umFAIRteilen (M. Joho)

Armut in Hamburg ist größer als behauptet



umFAIRteilen-Appell auf dem Jungfernstieg, 29.9.2012 (Foto: M. Joho)

»In deutschen Großstädten wächst die Armut besonders schnell«, zu diesem Ergebnis kommt eine jüngst vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) vorgelegte Studie (http://www.boeckler.de/wsi_5066.htm). In der Studie werden die 15 größten deutschen Städte im Zeitraum 2005 bis 2011 betrachtet. »Es zeigt sich,« so eine der Kernaussagen, »dass die Armutsgefährdung in den deutschen Metropolen höher ist und schneller steigt als im Bundesgebiet insgesamt. Der Anteil der Hilfebedürftigen nach dem SGB II sinkt hingegen.« Die Daten legen nahe, dass Hamburg vergleichsweise gut abschneidet. Die Armutsgefährdungsquote wird für Hamburg 2011 mit 14,7% der Bevölkerung angegeben, im Bundesdurchschnitt sind es dagegen 15,1%, im Durchschnitt der 15 größten Städte sogar 19,6%. Als armutsgefährdet gilt laut von der Europäischen Union gesetztem Standard, wenn das Einkommensniveau unter 60% des bedarfsgewichteten Durchschnittseinkommens liegt (Armutsschwelle).

Doch diese auf den ersten Blick relativ guten Werte bedürfen der genaueren Betrachtung. Wir ziehen dazu eine Pressemitteilung der Linksfraktion vom 16. November heran, die bezeichnenderweise in den Medien keine Berücksichtigung erfahren hat:

Medienberichte unter Berufung auf die Studie der Hans-Böckler-Stiftung, wonach Hamburg im bundesweiten Ranking den Platz als Stadt mit der zweitniedrigsten Armutsquote einnimmt, erweisen sich bei näherer Betrachtung als Schönfärberei. Darauf weist Cansu Özdemir, sozialpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft, hin. So liege die Armutsquote von Kindern in Hamburg mit 21,3% fast doppelt so hoch wie im erstplatzierten München (12,1%). Nach einem Absinken (13,1% 2008)

steige auch die allgemeine Armutsquote in Hamburg wieder (aktuell 14,7%). »Die Studie hat nochmal deutlich dargestellt, wie groß die soziale Spaltung und Ungleichverteilung in unserer Stadt ist«, erklärt Cansu Özdemir.

Die sozialräumliche Spaltung in Hamburg nimmt demnach zu. »Jeder siebte Erwachsene und jedes fünfte Kind, in manchen Stadtteilen sogar jedes zweite, lebt in Armut«, fasst Özdemir die Ergebnisse der Studie zusammen. »Weitere 190.000 Menschen sind laut dem paritätischen Armutsbericht in Hamburg armutsgefährdet, darunter 50.000 Kinder und Jugendliche unter 15 Jahren: Ungleichverteilung und Spaltung steigen im Zusammenhang mit der Kinderarmut weiter an.«

Die Programme der Städtebauförderung haben vor diesem Hintergrund für die Fachabgeordnete eine besondere Bedeutung. »Doch statt vor diesem Hintergrund die soziale Stadtteilentwicklung auszuweiten, dreht der SPD-Senat im Haushaltsentwurf für 2013/14 den Hahn noch weiter zu«, kritisiert sie. »Bei Betrachtung der Zahlen und Quoten kann von einer erfolgreichen Sozialpolitik keine Rede sein. Die Kürzungen des SPD-Senats im Bereich Soziales, Bildung und öffentlicher Dienst tragen nur dazu bei, dass die Schere zwischen Arm und Reich in den nächsten Jahren noch weiter auseinander klaffen wird.«

Die Herausgeberin der Studie, das WSI, ist eine Einrichtung der gewerkschaftsverbundenen Hans-Böckler-Stiftung. Sie veröffentlicht etwa halbmonatlich den mit aktuellen Daten und Statistiken prall gefüllten »BöcklerImpuls«, der kostenfrei bestellt werden kann unter www.boecklerimpuls.de. Die aktuelle Nummer 18/2012 enthält eine Kurzfassung der Armuts-Großstadt-Studie (www.boeckler.de/41498.htm).

Wie weit geht der Aufbruch der »Grünen«?

Von Joachim Bischoff



vauart.wordpress.com

Auf einer Hamburger Landesmitgliederversammlung haben die Grünen im Oktober mit großer Mehrheit eine sozialpolitische Neuausrichtung beschlossen. Im Zentrum steht dabei die wachsende soziale Spaltung der Stadt. »Hamburg ist nicht nur geprägt durch Michel, Alster und Hafencity. Hamburg ist auch geprägt durch Kinderarmut, Altersarmut, Obdachlosigkeit, abgehängte Stadtteile, Verdrängung und Diskriminierung. In Hamburg sind Bildungschancen und gesellschaftliche Teilhabe von der sozialen Zugehörigkeit abhängig, den meisten Menschen bleibt die Möglichkeit des sozialen Aufstiegs verwehrt.« Dem Senat werfen die Grünen zu Recht vor, auf diese wachsende soziale Spaltung keine Antworten zu haben. Die Hamburger Sozialdemokratie habe keine Vorstellung davon, wie »aus der Global City Hamburg mit ihren guten Ausgangsbedingungen eine Stadt der Möglichkeiten für alle werden kann«. Durch seine falsche Schwerpunktsetzung trage der Senat noch zur Verschärfung der sozialen Lage bei.

Durch schlechtes Regieren wird ohne Zweifel die soziale Spaltung vertieft. Ein Beispiel sind die Kürzungen in der offenen Kinder- und Jugendarbeit, durch die wichtige und niedrigschwellige Unterstützungsstrukturen gerade in den benachteiligten Stadtteilen zerstört werden. Ein anderes Beispiel sind die unter dem »Deckelmäntelchen von Kita-Gebührenbefreiung und Schuldenbremse« vorgenommenen Streichungen bei den Bezirken, die sich nachteilig auf die Infrastruktur vor Ort auswirken. Schließlich hat der Senat die Mittel des Bundes für die Arbeitslosen einfach verfallen lassen.

Die programmatische Neuausrichtung der Grünen in Hamburg ordnet sich in eine Positionsveränderung auf Bundesebene ein. Mit Blick auf die Bundestagswahl nehmen die Grünen nicht nur eine deutliche Abgrenzung gegenüber der

schwarz-gelben Koalition vor, sondern sie erweitern mit Blick auf die erfolgreichen Veränderungen in der Energiepolitik auch hier ihr programmatisches Angebot. Mindestlohn, höhere Hartz-IV-Sätze, Garantierente – die Grünen ziehen mit der Forderung nach tiefgreifenden Sozialreformen in den Bundestagswahlkampf 2013. Konkret wollen sie einen auf 420 Euro erhöhten Hartz-IV-Regelsatz sowie eine Aussetzung der Sanktionen für die BezieherInnen von Sozialleistungen erreichen. Sie bekennen sich grundsätzlich zur Rente mit 67, fordern aber immerhin eine »armutsfeste Garantierente«. Sie soll oberhalb der Grundsicherung liegen und allen gezahlt werden, die dem Arbeitsmarkt mehr als 30 Jahre zur Verfügung standen oder Kinder betreut haben. Zudem verlangen die Grünen mehr Transparenz und Demokratie in Europa.

Keine Frage: Weitaus deutlicher als der angedachte künftige Koalitionspartner Sozialdemokratie ziehen die Grünen Schlussfolgerungen aus der Agenda 2010. Spitzenkandidat Jürgen Trittin erklärt: »Die richtige Konsequenz in meinen Augen ist nicht der Verzicht auf notwendige Strukturreformen, sondern dass man solche Reformen machen muss mit einem ausgewogenen, sozial gerechten Profil. Dass ein solches Profil fehlte, hat die erste rot-grüne Koalition ihre Mehrheit gekostet.« Klar, die Grünen werden auch weiterhin für eine Modernisierung des Kapitalismus eintreten, aber sie wollen die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit nicht um den Preis einer weiteren Vertiefung der sozialen Spaltung. Dazu gehört auch ein deutlicher Kurswechsel in der Finanzpolitik: Gefordert wird, den Spitzensatz der Einkommensteuer von 42 auf 49% zu erhöhen. Reiche sollen befristet eine Vermögensabgabe zahlen, das Aufkommen der Erbschaftsteuer verdoppelt werden. Kapitalerträge wollen die Grünen nicht mehr mit der

25prozentigen Abgeltungsteuer belegen, sondern mit dem zu meist höheren persönlichen Einkommensteuersatz.

Auch in Hamburg wird eine Erweiterung in der Sozialpolitik vorgeschlagen. So wollen sich die Grünen für ein kostenloses Frühstück für bedürftige Kinder in Kitas einsetzen. Und sie streben an, den künftigen Rechtsanspruch für Einjährige (gilt von August 2013 an) auf einen Kita-Platz von fünf auf acht Stunden auszuweiten. Weiter setzen sich die Grünen für einen »Inklusionsfonds« ein. Er soll mit 20 Mio. Euro jährlich gefüllt werden und die Beschulung von Kindern mit sozialpädagogischem Förderbedarf an Regelschulen unterstützen. Des Weiteren plädieren die Grünen für ein Landesmindestlohngesetz, ein Bekenntnis in der Landesbauvorschrift zu generationengerechtem Bauen sowie unterschiedliche Maßnahmen, um die Wohnsituation für einkommensschwache Haushalte zu verbessern und Menschen mit Migrationshintergrund besser zu integrieren.

Die Grünen sind nicht nur visionär, sondern gleichzeitig auch Fans der Schuldenbremse. »Unsere Handlungsspielräume orientieren sich an der in der Verfassung verankerten und von uns Grünen mitgetragenen Schuldenbremse. Wir stehen für eine Haushalts- und Finanzpolitik, die nicht zulasten der kommenden Generationen geht.« Um unter dem Druck der Schuldenbremse die von ihnen geforderte »ermöglichende Sozialpolitik« finanzieren zu können, wollen sie verstärkt auf die Einnahmeseite blicken. »Nach unserem Verständnis braucht es eine gerechtere Verteilung, die die Wohlhabenden ein Stück stärker in die Pflicht nimmt als bisher. Wir Grünen setzen uns für eine Finanztransaktionssteuer, eine einmalige Vermögensabgabe, eine Erhöhung der Erbschaftssteuer und einen höheren Spitzensteuersatz ein.« In der Tat würde über eine Vermögensabgabe und die Wiedererhebung der Vermögenssteuer die strukturelle Unterfinanzierung vieler Bereiche in Hamburg beendet werden können.

Auch auf Landesebene sehen die Grünen durchaus Handlungsspielraum, um die Haushaltssituation zu verbessern und die Einnahmen zu erhöhen. Neben einer Korrektur von falschen Prioritätensetzungen auf der Ausgabenseite (Ausweitung der Beteiligung an Hapag Lloyd) und einer Ausrichtung des Einsatzes von Ressourcen am »Prinzip des Empowerments« fordern sie u.a. eine Erhöhung der Grunderwerbssteuer von 4,5 auf 5%, wie sie zuletzt auch in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Hessen vorgenommen worden ist. Das Aufkommen aus der Grunderwerbssteuer, die zuletzt zum 1.1.2009 von 3,5 auf 4,5% heraufgesetzt worden war, lag im Jahr 2010 bei 268 Mio. Euro. Die Anhebung des Steuersatzes soll zu zusätzlichen Einnahmen von 36 Mio. Euro im Jahr führen. Dieser Schritt ist gut, aber mit Mehreinnahmen im zweistelligen Millionenbereich wird der Druck der Schuldenbremse nicht gelöst werden können.

Beispiel Personalpolitik. Da kritisieren die Grünen die Entscheidung des Senats als hochproblematisch, »keine zentrale Vorsorge mehr für Tarifabschlüsse« zu treffen. Denn dies bedeute, »dass in den nächsten Jahren ein massiver Personalabbau in den einzelnen Behörden ansteht«. Wollen die Grünen diesen Personalabbau verhindern? Denn ob dezentral oder

zentral: Mit der Begründung Schuldenbremse sollen die Personalkosten um nicht mehr als 1,5% pro Jahr wachsen. Dagegen aber wenden sich die Grünen nicht, sondern möchten »nur effektive Maßnahmen fördern«.

Mit ihrer »sozialpolitischen Erneuerung« suchen die Grünen sich als politische Kraft eines »aufgeschlossenen Bürgertums« (der besserverdienenden Lohnabhängigen und Selbständigen) zu profilieren, die – im Unterschied zur FDP – nicht auf der strikten Verteidigung der Besitztitel besteht. »Nach allem, was wir wissen, ist das Thema soziale Gerechtigkeit für die Grünen-Wähler von großer Bedeutung – auch wenn viele selbst ein gutes Auskommen haben. Grünen-Wähler wollen, dass allen Menschen eine gerechte Teilhabe ermöglicht wird.« (Fegebank) Neben ihrem Hauptthemenfeld, der Ökologie, setzt sie sich deshalb auch für die stärkere Beteiligung der Besserverdienenden und Vermögenden an der Finanzierung der gesellschaftlichen Aufgaben (Vermögensabgabe) wie auch für die Beseitigung der größten sozialen Missstände (etwa durch die Einführung eines Mindestlohns) ein.

Dies bietet die Chance, sich gegenüber dem SPD-Senat, der mit seiner strikten Orientierung auf Haushaltskonsolidierung die Arbeitsbedingungen der im öffentlichen Dienst Beschäftigten verschlechtert, die öffentlichen Dienstleistungen beschneidet, die soziale Spaltung ignoriert und die städtische Infrastruktur vernachlässigt, auch als soziale Kraft zu profilieren. Viele der vorgeschlagenen Maßnahmen sind zwar unterstützenswert, reichen aber allein von der Größenordnung her nicht für einen nachhaltigen Politikwechsel in Richtung Zurückdrängung der sozialen Spaltung.

Die programmatische Erweiterung in der Sozial- und Finanzpolitik ist ohne Zweifel auch eine Herausforderung für DIE LINKE. Trittin sieht die »Piraten« längst auf einer politisch abschüssigen Bahn und traut der Linkspartei auch nicht die Energie und Beweglichkeit zu einer programmatisch-strategischen Erneuerung zu: »Die Linkspartei ist mit ihrem Politikmodell in einer strategischen Sackgasse gelandet. Sie wollte in den Punkten Hartz IV und Afghanistan breithart sein und damit Veränderungsdruck erzeugen. Nun kommt der Afghanistan-Abzug, und die Hartz-IV-Sätze sind vom Bundesverfassungsgericht entschieden worden, und jetzt steht Die Linke nackt da. Parteien der linken Mitte brauchen eine Vorstellung, wo die Gesellschaft sich in zehn oder fünfzehn Jahren hin entwickeln soll. Das müssen keine Utopien sein oder Visionen, sondern Ziele, die sie erreichen wollen. Und daran müssen sie ihre Politik ausrichten, wissend, dass das immer mit Kompromissen und Rückschlägen verbunden ist.«

Die Grünen wollen mit Geschlossenheit, programmatischer Erweiterung und einem pragmatischen Mitte-Links-Kurs zurück an die politische Macht. Mit einem unzweideutigen Bekenntnis zu einer Stärkung des Europäischen Parlaments und einer deutlichen Abgrenzung von der neoliberalen Politik, mit der die krisengeschüttelten Euro-Länder durch zu harte Sparvorgaben immer tiefer in die Abwärtsspirale hingedrückt werden, dürfte es für die SPD und DIE LINKE nicht einfach werden, in den nächsten Monaten ein ähnlich klares politisches Profil zu entwickeln.

Veranstaltungs-Tipps und Hinweise

Seit Mitte November ist im Museum der Arbeit (Wiesendamm 3) die Ausstellung **Eine Wohnung für uns. Genossenschaftlicher Wohnungsbau in Hamburg** zu sehen. Der genossenschaftliche Wohnungsbau hat in Hamburg nicht nur eine besondere Ausdehnung erfahren – rund 130.000 Wohnungen, ähnlich viel wie bei der SAGA GWG, zählen heute dazu –, hier gibt es auch eine besonders reichhaltige Tradition, nicht zuletzt, weil hier mit der Schiffszimmerer-Genossenschaft die älteste Baugenossenschaft überhaupt beheimatet ist. Die Ausstellung ist montags von 13 bis 21 Uhr, dienstags bis samstags von 10 bis 17 Uhr, sonn- und feiertags von 10 bis 18 Uhr geöffnet. Wer mündliche Erklärungen schätzt, den/die lädt Heike Sudmann zu einer **Führung durch die Ausstellung** ein, und zwar am **Sonntag, den 13. Januar 2013**, 11 Uhr. Zu entrichten ist lediglich der Eintrittspreis von 4 Euro pro Person, die Kosten für die Führung sowie ggf. den Eintrittspreis für Menschen mit wenig Geld trägt die Linksfraktion. Bitte eine kurze Anmeldung entweder per Email an antje.schellner@linksfraktion.de oder telefonisch unter 42 831 23 87.

Gerne geben wir eine auf der Mietenwahnsinns-Demo am 10. November in Umlauf gebrachte Bitte der MieterInnen-Initiative **Rettet Elisa!** weiter. Ihre Mitglieder wehren sich gegen das Vorhaben ihres Vermieters, der Vereinigten Hamburger Wohnungsbaugenossenschaft VHW, mehrere Gebäude in Hamm abzureißen und an gleicher Stelle erheblich teurere Wohnungen entstehen zu lassen. »Seit einem Jahr lässt die VHW«, so der Handzettel der Ini, »über 60 Wohnungen in Hamburg-Hamm leer stehen (Durchschnittsmiete 4,50 Euro/qm!). Formulieren Sie Ihren Protest und fragen Sie nach Möglichkeiten der Vermietung.« Die VHW ist zu erreichen unter Tel. 25 15 12-0 oder per Schreiben an die Adresse Hohenfelder Allee 2, 22087 Hamburg.

Zum Thema Wohnen sind jüngst aufschlussreiche Studien erschienen: Das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung hat im November 2012 die 34seitige Studie **»Wohnen im demografischen Wandel. Der Einfluss demografischer Faktoren auf die Preisentwicklung von Wohnimmobilien«** von Steffen Kröhnert vorgelegt, herunterzuladen unter <http://www.berlin-institut.org/publikationen/discussion-paper/wohnen-im-demografischen-wandel.html>. Auch das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung e.V. kommt um die Wohnungsfrage nicht herum. Der Wochenbericht 45/2012 vom 7. November beschäftigt sich u.a. mit dem Thema **»Wachsende Großstädte – steigende Wohnungspreise«**. Der zehnteilige Bericht von Konstantin A. Kholodilin und Andreas Mense ist abrufbar unter <http://www.diw.de/sixcms/detail.php/411124>.



Demo gegen Mietenwahnsinn, 10.11.2012 (M. Joho)

Am **Freitag, den 23. November**, ruft das **Bündnis gegen Rotstift** auf zur **Demonstration** »Für eine soziale und gerechte Politik – Gegen Kürzungen und Kaputtsparen!« (s. dazu den Aufruf in dieser Ausgabe). Selbstverständlich ist auch DIE LINKE dabei. Gestartet wird um 14 Uhr beim Dammtor-Bahnhof (auf der CCH-Seite), die Abschlusskundgebung ist für 16 Uhr auf dem Hachmannplatz vorgesehen. Näheres unter www.buendnis-gegen-rotstift.de. Das Bündnis hat seit kurzem auch ein Büro bei ver.di im Gewerkschaftshaus, Besenbinderhof 60, Tel. 2858-1490, Email hamburg@umfairteilen.de, Website www.buendnis-gegen-rotstift.de/

An den beiden **Samstagen 24. November und 1. Dezember**, jeweils um 15 Uhr ab Messeingang Süd (U2 Messehallen), führt der Experte Marut Perle noch einmal im »alten Jahr« durch sein Quartier. Es geht um die Frage: **Wie gentrifiziert ist das Karolinentviertel nach 25 Jahren Stadtteilsanierung?** Näheres zu diesem »Stadtteilrundgang in zwölf Abgesängen« unter Tel. 43 27 44-24.

Auch wenn der Vermieter entgegen zwischenzeitlichen Ankündigungen der **Traditionsbuchhandlung Wohlers** am alten Standort Lange Reihe 68/70 das Licht zum Jahresende nunmehr endgültig ausknipsen will, geben die St. GeorgerInnen keine Ruhe und gehen erneut gegen den Mietenwahnsinn und für »ihren Laden« an die Öffentlichkeit. Am **Donnerstag, den 29. November**, 18.30 Uhr, findet erneut eine etwa halbstündige **Kundgebung** auf dem Hansaplatz statt. Motto: »Wohlers bleibt – dann eben anderswo!«

Die **Große Gala gegen schmutzige Investoren-Phantasien** steigt am **Freitag, den 7. Dezember**, ab 20 Uhr. Wo? Natürlich auf dem »Planet Pauli« (Spielbudenplatz 7). Der Zusammenschluss »S.O.S. St. Pauli« fährt die halbe Musikszene auf, und für den Dresscode wird empfohlen: »Entdecke das Investor in Dir...«. Schön auch das Sub-Motto: »Wer heute nicht mitfeiert, muss morgen raus!«

Das Quartier als Raum von Partizipation – zum Verhältnis von Sozialem Raum und Membership, so ist ein Vortrag des emeritierten Professors Timm Kunstreich am **Montag, den 3. Dezember**, an seinem alten Arbeitsplatz, der Evangelischen Hochschule für Soziale Arbeit & Diakonie (Horner Weg 170), überschrieben. Er stützt sich dabei insbesondere auf die theoretischen Ansätze von Hans Falck, der als jüdisch Verfolgter 1939 seine Heimatstadt Hamburg verlassen musste. Im Mittelpunkt der Ausführungen steht eine qualitative Studie zur Bedeutung, die BewohnerInnen des Stadtteils Schnelsen-Süd und der Lenzsiedlung in Lokstedt der jeweiligen sozialen Infrastruktur für ihr Leben beimessen.

Am Hamburger Institut für Sozialforschung (Mittelweg 36) hält ebenfalls am **3. Dezember** um 20 Uhr eine andere Professorin für soziale Arbeit, Prof. Sabine Stövesand (HAW), einen Vortrag zum Thema **Weder Standort, noch Unternehmen. Die Stadt als Gemeinwesen**. Die Veranstaltung ist Teil der Reihe »InstitutsMontage«, die in diesem Jahr unter dem Motto »Anders statt mehr. Wachstum, Wohlstand, Gerechtigkeit« realisiert wird.

Zehn Jahre Engagement hat die Stadtteilinitiative Münzviertel hinter sich, eine lange Strecke der Kreativität, der kleinen Erfolge und Niederlagen. Günter Westphal, Initiator der ersten Stunde, hat dieses Jahrzehnt auch fotografisch begleitet, und so präsentiert er seine Aufnahmen »als sichtbares Korrektiv zu meiner ästhetisch-sozialen Arbeit« unter dem Titel **Blätter, so zart**. Zu sehen sind die **Fotoarbeiten bis zum 5. Januar 2013** in der Galerie Renate Kammer (Münzplatz 11), bei der Vernissage am **Donnerstag, den 6. Dezember**, 19 Uhr, spricht Gunnar F. Gerlach. Anlässlich der Ausstellung erscheint ein Katalog.

Eine **Wohnungspolitische Konferenz** auf Bundesebene veranstaltet DIE LINKE am **Samstag, den 15. Dezember**, von 11 bis 17 Uhr im InterCityHotel in Göttingen. Die zentrale Parole lautet: »Damit Wohnen bezahlbar bleibt: Mieten deckeln, sozialer Wohnungsbau jetzt!« Wer sich nicht nach Göttingen aufmachen möchte, kann die Debatte am Bildschirm verfolgen (livestream.die-linke.de).



Billstedt und Horn: nur ein schlechtes Image?

Von Sandra Clemens



LINKER Horn-Rundgang am 28.9.2012 (Foto M. Joho)

Die Elternschule Horner Geest hatte am 11. November eingeladen – nicht etwa zum Faschingsauftakt, sondern zum »Stadtteiltalk« mit Eltern aus dem Quartier und »engagierten Kommunalpolitikerinnen«. Närrisch ging es zuweilen trotzdem zu.

Diskutiert werden sollte an diesem Nachmittag das »schlechte Image« der Stadtteile Horn und Billstedt. In der Tat, die bürgerliche Presse in Hamburg mit ihrer Speerspitze im Springer-Verlag schreibt nur dann über die östlichen Stadtteile, wenn es etwa um Kriminalität geht. Abgesehen von den alljährlichen Glamour-Derby-Berichten. Das »Hamburger Abendblatt« titelte sogar mit »Killstedt? Was Billstedt wirklich ausmacht« und brachte das Fass damit zum Überlaufen.

Beim Stadtteiltalk berichteten Anwohnerinnen von der Kettenreaktion, die solche Berichte nach sich ziehen können: Viele Familien aus Horn zögen ins Umland. Schülerinnen und Schüler hätten bei Bewerbungen kaum Chancen, wenn sie aus Horn oder Billstedt kommen. Eine Teilnehmerin brachte es auf den Punkt: Es geht um die soziale Spaltung der Stadt, die durch die Presse gezielt forciert wird. Der Westen hui, der Osten pfui, lautet die Devise. Dabei haben Horn und Billstedt auch ihre positiven Seiten, die die Presse jedoch nur am Rande erwähnt. So leben dort viele BürgerInnen, die sich auf vielfältige Weise für ihre NachbarInnen engagieren, etwa in der Elternschule Horner Geest.

Eigenverantwortung als Schlüssel zum Glück?

Nun waren zum Stadtteiltalk ja auch PolitikerInnen geladen, um Wege aus der Misere zu diskutieren. Dabei fiel den meisten nur das neoliberale Konzept der »Eigenverantwortung« ein. Die Menschen müssten sich eben noch stärker engagieren und bemühen: Deutsch lernen, mehr Öffentlichkeitsarbeit für ihren Stadtteil leisten, sich mal was richtig »Verblüffendes« einfallen lassen. (Ist die Besetzung der Villa Behnke nicht schon ein verblüffender Beginn?).

Dabei platzte einigen anwesenden Müttern der Kragen, sicherlich hätten sie gerne dem einen oder anderen die Kra-

watte abgeschnitten. Diese Frauen haben teilweise zwei Jobs, ihre Kinder, ihren Haushalt und ihr Ehrenamt. »Was sollen wir denn noch tun????!!!!« Nun seien die PolitikerInnen an der Reihe, die müssten jetzt was tun, dafür seien sie schließlich gewählt. Daraufhin raunzten die Politiker, dass auch sie ihren Job, ihre Familie und ihr Ehrenamt hätten. Eigenverantwortung braucht also Zeit – **und Geld**. Doch übers Geld wollte keiner so richtig reden, eine Haushaltsdebatte und parteipolitische Diskussionen seien unerwünscht – wie der Moderator, der Quartiersmanager, kategorisch erklärte. Schade eigentlich, denn mit Geld könnte man gewachsene Strukturen erhalten oder strukturelle Veränderungen fördern.

Horner Stadtteilhaus, bis heute ein Luftschloss

Um solch ein Projekt, das dem Stadtteil Horn strukturell durchaus nützlich wäre, handelt es sich beim geplanten Horner Stadtteilhaus, genannt die »Horner Freiheit«. Dieses sollte schon längst am Gojenboom stehen, doch auf dem Parkplatz herrscht gähnende Leere. Was ist passiert? Das Stadtteilhaus wurde einst als innovatives Public-Private-Partnership (PPP), also als Projekt in Öffentlich-Privater-Partnerschaft (ÖPP) gepriesen. Ein Investor wollte sich kräftig beteiligen und über die (Miet-) Einnahmen die eigene Altersvorsorge sichern. Seine Träume platzten, als das Projekt verkleinert werden musste. Einigen zukünftigen MieterInnen waren Zuschüsse gekürzt worden, die Räumlichkeiten mussten deshalb kleiner ausfallen, damit die Miete überhaupt bezahlbar bleibt. Der Investor sprang ab. Selbst die SPD musste nun eingestehen: »Es ist der originäre Auftrag von Stadtplanung und Politik, über lange Zeiträume vorausschauend zu planen und Nutzungen zu sichern, während ein privater Investor im Eigeninteresse für einen kürzeren Zeitraum rechnet und plant.« (SPD-Antrag in der Bezirksversammlung vom 6.11.) DIE LINKE hat das PPP-

Sandra Clemens ist Mitglied der Linksfraktion in der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte.

Projekt von Anfang an kritisiert mit eben dieser Begründung! Bleibt zu hoffen, dass das Stadtteilhaus jetzt endlich unter städtischer Trägerschaft gebaut wird.

Doppelrennbahn: Eine Aufwertung für Horn?

Schon seit Jahren gibt es ein Hin und Her, was eine mögliche Doppelrennbahn für Traber und Galopper in Horn betrifft. Der ehemalige Bürgermeister Ole von Beust hatte das Projekt bereits ad acta gelegt. Jetzt kramt der SPD-Senat das Vorhaben wieder aus der Schublade hervor. Es wäre doch eine Aufwertung für den Stadtteil, wenn zusätzlich zum jährlich stattfindenden Derby regelmäßige Trabrennen veranstaltet würden, so die mehr als fragwürdige Argumentation. Woher die ca. 30

Mio. Euro kommen mögen, die die Stadt zuschießen müsste, verrät die SPD nicht. Einige HornerInnen versprechen sich von der Kombibahn tatsächlich einen »Imagegewinn«, andere fürchten um das Grün und um ihre Ruhe. Ob die Frauen, die beim Stadtteiltalk beklagten, dass sie sich niemals eine Karte für die Elbphilharmonie werden leisten können, ausgerechnet ein Trabrennen besuchen werden? Statt 30 Mio. in ein Prestige-Objekt wie die Doppelrennbahn zu investieren, sollte der Senat vor allem soziale Projekte finanzieren, wie z.B. die Elternschule Horner Geest. Statt sich über ein schlechtes Image aufzuregen, wäre es wünschenswert, dass sich die Menschen aus Billstedt und Horn noch stärker gegen die Kürzungspolitik und die soziale Spaltung in der Stadt zur Wehr setzen.

Erneut 4.000 gegen Hamburgs Mietenwahnsinn



Gegen Mietenwahn, 10.11.2012 (Foto C. Hannen)

Ein langer Zug war es, der sich am 10. November über mehrere Stunden von der Kirchenallee quer durch die Innenstadt bis zur Hafensstraße zog. Selbst das »Abendblatt« warf etwas irritiert die Frage auf, ob »der Protest gegen hohe Mieten zu einer breiten Hamburger Bewegung« wird? Wir sagen dazu ganz klar: Ja, denn er ist angesichts der weiter wachsenden Wohnungsnot unverzichtbar, um dem Senat, den Bezirken und der Wohnungswirtschaft Beine zu machen.

Besonders hart trifft es zurzeit vor allem die Flüchtlinge sowie Studierende und Auszubildende. Erstere sind z.T. in einem Zeltlager untergebracht, letztere vereinzelt in einer Turnhalle, Tausende müssen zu ihren Ausbildungs- und Studienplätzen hineinpendeln, weil sie keine bezahlbare Wohnung in Hamburg finden. Für die Bürgerschafts-Doppelsitzung am 28./29. November wird die Linksfraktion die katastrophalen Bedingungen bei der Unterbringung von Flüchtlingen zum Thema machen. Und in die Haushaltsdebatte am 11./13. Dezember wird die Fraktion u.a. einen Antrag einbringen, der die Bürgerschaft auffordert zu beschließen:

»1. Das gesamte Wohnungsbauförderprogramm wird in den Jahren 2013 und 2014 um jeweils 111 Mio. auf 300 Mio. Euro jährlich angehoben.

2. Von den zusätzlichen Mitteln werden pro Jahr 86 Mio. Euro für die Ausweitung des Neubauprogramms für Sozialwohnungen im ersten Förderweg verwendet. Dadurch wird

die Zielzahl von 1.200 (im Jahr 2012) auf mindestens je 2.400 in den kommenden beiden Jahren verdoppelt.

3. Die weiteren 25 Mio. Euro zusätzliche Mittel werden für den Ankauf von mindestens jährlich 1.000 Bindungen mit einer Laufzeit von mindestens 20 Jahren verwendet (laut Informationen der WK [Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt] kostet ein Bindungsankauf 25.000 Euro). Damit kann der anstehende Bindungsauslauf von über 13.500 im ersten Förderweg errichteten Wohnungen in den kommenden beiden Jahren wenigstens ansatzweise ausgeglichen werden.«

Die Gegenfinanzierung soll einerseits aus dem zusätzlichen Steueraufkommen erfolgen, aber beantragt wird auch, überschüssige Gewinne der SAGA nicht für irgendwelche Vorhaben des Senats, sondern gezielt für die Wohnraumförderung zu verwenden.

Nicht zuletzt wird der nächste Landesparteitag der LINKEN – er findet am Samstag, den 1. Dezember, von 10.00 bis 19.30 Uhr im Berufsförderungswerk Hamburg-Farmsen statt – nochmals über ein umfangreicheres Papier zur Hamburger Wohnungs- und Mietpolitik diskutieren und beschließen. Der Entwurf des Materials mit dem Titel »Für menschenwürdiges Wohnen – Mietpreissteigerungen stoppen!« kann im Netz eingesehen werden unter http://www.die-linke-hamburg.de/fileadmin/Landesparteitag/03_02/Antraege/Material_01_LPT_3-2__121105.pdf. Viel los also, und auf allen Ebenen!

Kulturipp: Vorweihnachtlicher Büchersegen



Jörgen Bracker (Foto: Wachholtz-Verlag)

Die Wochen bis Weihnachten sind für viele die Zeit, nach Geschenken Ausschau zu halten, beispielsweise nach neuen Büchern, in denen dann gerne zwischen den Jahren geblättert und gelesen wird.

Ein besonders dicker Wälzer ist dieser Tage in den Buchhandel gekommen. Die Rede ist vom allerorten zurzeit angepriesenen Abendblatt-Werk »Das große Hamburg Buch«. Alle FreundInnen der Stadtteilpolitik werden um diesen Ziegel wohl nicht herumkommen, finden sich darin doch Angaben zu allen 104 Hamburger Stadtteilen und u.a. zu zentralen Einrichtungen wie beispielsweise dem UKE. Die Stadtteilartikel umfassen jeweils eine Karte, die wichtigsten historischen und aktuellen Daten, einige Kurzbiographien, ein paar Tipps und ansonsten viel bisweilen recht subjektiv eingefärbtes Lokalkolorit. Nichtsdestoweniger, für einen schnellen Überblick geben die jeweils etwa zehn Seiten pro Viertel schon einiges her. Die zwei Kilo Papier haben aber auch ihren Preis: 49,95 Euro.

Deutlich günstiger (19,95 Euro), aber mit 200 Seiten auch erheblich dünner und leichter ist dagegen das soeben im Elert & Richter-Verlag erschienene Buch »Wohnen bei Genossenschaften. Basics - Geschichte - Projekte«. Die AutorInnen Bärbel Wegner, Anke Pieper und Holmer Stahncke liefern einen guten Überblick über die Geschichte und vor allem Ge-

genwart der deutschen Baugenossenschaften. Berichtet wird u.a. über den Aufbau und die Mitwirkungsmöglichkeiten in einer Genossenschaft, über Nachbarschaftsprojekte, die Einbettung in die allgemeine Stadt(teil)entwicklung. Interessant ist z.B. die These, dass Genossenschaften früher - vor allem in den reformorientierten 1920er Jahren - »anders«, sozialer bauten und dass es daran in gewisser Hinsicht anzuknüpfen gilt, denn der Zuspruch nach sicherem, preisgünstigem und gemeinschaftlichen Wohnformen nimmt in der Republik spürbar zu.

Wer es live liebt, könnte sich an einer Lesung am **Donnerstag, den 22. November**, um 19 Uhr im Gewerkschaftshaus (Besenbinderhof 60, Ebene 9) erfreuen. Dann ist nämlich Jörgen Bracker, der ehemalige Leiter des Museums für Hamburgische Geschichte, zu Gast beim gewerkschaftlichen Kulturverein Be60 und liest aus seinem neuen Dithmarschen-Krimi »Hinter der Nebelwand«. Darin geht es um eine wahre Begebenheit, die sich um und auf einem von ihm 1980 erworbenen Krabbenkutter abgespielt hat. Natürlich stand das Unglücksschiff in Zusammenhang mit einem Mord, und was sich da vor vor rund 100 Jahren zwischen Seefahrerträumen, der Kaiserlichen Marine, ostpreußischen Zuwanderern und der aufblühenden Fischereiwirtschaft abgespielt hat, das erzählt Bracker in seinem unterhaltsamen, spannenden Roman.

Mit diesem BürgerInnenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de oder tim.golke@linksfraktion.de. Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Buceriusstr. 2, 20095 Hamburg; BürgerInnenbüro Tim Golke MdHB, Borgfelder Straße 83, 20537 Hamburg.